

Emischer Zeitung

verbunden mit dem

Amsterner Tage-Blatt.

(Früher: Der Reichsfreund.)

Sincere et constanter.

Die „Emischer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und hohen Feiertage. Wochen-Beilage: „Ankündigendes Emischer Sonntagsblatt.“
Insertionspreis: Die Petit-Beile oder deren Raum 15 Pf.,
Reklamen 40 Pf.
Verantwortlicher Redacteur: F. Dienst in Gelsenkirchen.

Abonnementspreis: Mark 2.50 vierteljährlich im Voraus. Man abonniert außer bei der Expedition in Gelsenkirchen, Marktstraße 13, bei allen Reichspostanstalten und bei den Filial-Expeditionen: Rud. Gid., Herne; W. Walbed, Wanne; W. Pöfner, Wattenscheid.
Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen.

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, die Ämter Schalke, Uedendorf, Wanne und Herne. — Anzeigblatt für Gerichts-, Civil-Verwaltungs- und Militär-Behörden.

Fürst Bismarck und Laszler.

* Gelsenkirchen, 15. März.

Der Reichskanzler hat vorgestern im Reichstage die Gründe dargelegt, die ihn veranlaßten, die Laszler-Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses nicht an die Adresse des Reichstages gelangen zu lassen. Es war ein Akt der Höflichkeit, den er damit erfüllte; eine Verpflichtung dazu lag nach keiner Richtung hin vor. Daß er es gethan, erkennen wir aber mit großem Danke an, seine Worte werden hinaus ins Land gehen und hier zur Aufklärung wesentlich beitragen. Die perfide Manier, in welcher die principiellste Opposition in Deutschland den großen deutschen Staatsmann bekämpft, ist durch die Rede des Fürsten Bismarck electrisch beleuchtet worden. Oder kann man die Art und Weise, in welcher der tote Laszler gegen den Reichskanzler ausgespielt wurde, anders als perfide bezeichnen? Die Laszler-Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses ist allem Anschein nach deutsches Fabrikat, bestimmt, den Reichskanzler zu compromittiren. Das Mandat war aber zu plump angelegt, als daß es Erfolg haben konnte. Was der Verdacht, daß die intellectuellen Urheber der Resolution unter den speciellen deutschen Freunden Laszlers zu suchen sind, verstärken muß, ist der maßlose Zorn dieser Herren und der von ihnen inspirirten Zeitungs-schreiber über die Zurückweisung der drolligen Zumuthung an den Reichskanzler, er möge sich zum Voten eines Desavous seiner eigenen Politik machen. Da ist auch kein Funken einer objectiven Auffassung, einer ruhigen sachgemäßen Betrachtung, der Gründe, welche in dem Erlaß an den deutschen Gesandten von Washington niedergelegt sind. Der Abgeordnete Dr. Hänel, der uns immer als gemäßigter Mann auf dem Präsidentenstuhle vorgehalten wird, hat für diese Gründe kein Wort. Er stellt sich ebenso wie die andern seiner Gesinnungsgeoffenen ausschließlich auf den Standpunkt kleinlicher Inquisition, der Reichskanzler habe ein Totengericht über Laszler abhalten wollen. Davon ist absolut keine Rede. Wo um alles in der Welt sollte der Reichskanzler die Lust herkommen, sich mit Laszler, mit dem er im Leben nur widerwillig zu thun hatte, noch im Tode eingehend zu beschäftigen? Im Gegentheil würde er es sicher am liebsten gehabt haben, wenn er nichts mehr hätte von ihm hören müssen. Der Reichskanzler ist mit Gewalt in die ganze Geschichte hineingezerrt worden; die fusionirten Radicals haben mit der Leiche Laszlers gewuchert und der Reichskanzler sollte die Wucherzinsen zahlen. Das hat er natürlich nicht gethan, er hat den Wechsel mit der gefälschten Unterschrift nicht honorirt, deshalb der Lärm. Derselbe ist aber nicht stark genug, um die gesunde Vernunft zu überbäumen. Die gesunde Vernunft sträubt sich dagegen, daß der Reichskanzler sich selbst und seine Politik in den Augen des Volkes herabsinken soll, bloß weil die Opposition die Caprice hat, die Erreichung ihrer Ziele zur Abwechslung einmal auf diesem Wege zu versuchen. Hänel bezeichnete

die Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses nur als eine ganz unofficielle rein persönliche Beileidsbezeichnung. Wie der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Hänel dazu kommt, in einem von einem Parlament in einer officiellen Sitzung gefaßten Beschluß, der noch außerdem auf diplomatischem Wege dem Reichstage übermittelt werden sollte, eine unofficielle und rein persönliche Rundgebung zu erblicken, das ist ein Geheimnis. Aber wenn es so wäre, wenn es sich um eine rein private Meinungsäußerung handelte, dann hätte man doch erst recht keine Ursache, sich darüber zu beschweren, daß der Reichskanzler dieselbe nicht weiter beförderte. Ebenso gut könnte einer auf die Vermittlung des Reichskanzlers Anspruch erheben, um seine Tante in irgendwas grüßen zu lassen. Offenbar fühlte sich Dr. Hänel unbehaglich; er war berufen, einen Standpunkt zu wahren, den er selbst nicht als berechtigt anzuerkennen vermag; deshalb leitete er die Sache auf das sentimentale Gebiet hinüber. Wo er das nicht that, gelangte er zu Schlußsätzen, welche die vernichtendste Kritik der bisherigen Stellungnahme seiner Freunde und seiner Parteipresse enthielt. Die Letztere fängt schon an, sich zu rächen: das „Berliner Tageblatt“ greift Herrn Hänel schon an und wundern sollte es uns nicht, wenn Eugen Richter seinen Rivalen innerhalb der Fortschrittspartei die Dämonen für die laufende Session entzöge. Daß das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und dem verstorbenen Laszler endlich einmal klar gelegt worden, ist ein großer Segen. Es war auch ein ganz perfider Coup, den verstorbenen Laszler immer als eine Hauptstütze der Bismarckschen Politik und als einen guten ergebenen Freund des Reichskanzlers hinstellen, und den letzteren der Undankbarkeit gegen den toten „Freund“ anzuklagen. Von allen Gegnern des Reichskanzlers war Laszler der gefährlichste, weil er dem Reichskanzler die Freunde abspenstig machte und zu isoliren suchte. Man würde über diese Dinge schweigen, wenn man dem Reichskanzler und allen denen, welche seine innere Politik aus guter und ehrlicher Ueberzeugung verfechten, nicht zumuten, über den Tod Laszlers zu schweigen und dessen reformfeindliche Politik zu glorificiren.

* In der Reichstagsrede des Fürsten Bismarck findet sich eine Stelle, die allem Anscheine nach eine, wie die „R. Z.“ meint, folgen schwere, noch nicht ganz aufgeklärte, wenn auch noch so viel besprochene Episode der zeitgenössischen Geschichte in klarer Beleuchtung bringt; wir meinen die erfolglosen Barginer Besprechungen des Kanzlers mit Bismarck (Weihnachten 1878) über die Möglichkeit des Eintritts des letzteren ins preussische Staatsministerium. Der Reichskanzler sagte: Die national-liberale Fraktion war die einzige, die je einen Anlauf genommen hat, eine Majoritätsfraktion zu werden — ich glaube, sie hat einmal 180 Mitglieder gehabt — das, was uns überhaupt fehlt, möge nun diese Fraktion von rechts oder links kommen, es wäre besser als die Herrlichkeit. (Hört, hört!) Der Abgeordnete Laszler hat diesen einzigen Anlauf, der je zu diesem Ziele gemacht worden ist, dadurch zerstört, daß er zuerst durch seinen Einfluß

gegen meinen politischen und persönlichen Freund v. Bennigsen es dahin gebracht hat, daß die Rechte der national-liberalen Partei unter dem Namen der Gruppe Schaub ausschied. Sie konnte nicht aufkommen gegen die überlegene, aber wie ich glaube, verwerfliche Wirksamkeit ihres Fraktionsgenossen Laszler in der Fraktion. Demnach ist es nach Möglichkeit bemüht gewesen, die Fraktion nach links hinüberzuschieben. Das ist ihm zwar nicht gelungen, aber er hat, nachdem es ihm nicht gelang die ganze Fraktion nach links hinüberzuschieben, durch die Session eine neue Schenkung der national-liberalen Partei hervorgerufen und damit die Rechte betreten, durch welche ein Teil der Partei zum fortschrittlichen Ufer hinübergeführt wurde. Dafür soll ich dem Herrn dankbar sein, oder dafür soll ich mich amtlich zum Organ seines Lobes machen? ... Ich gebe hauptsächlich dem Abgeordneten Laszler die Schuld, daß die Verhandlungen, die ich im Jahre 1878 mit Herrn v. Bennigsen über seinen Eintritt in das Ministerium führte, gescheitert sind, und die Entfremdung, die zu damaliger Zeit stattgefunden hat, sehr ich hauptsächlich als das Werk des Herrn Laszler und seiner näheren Freunde an.

Nicht nur, schreibt die „R. Z.“ weiter, daß der Kanzler in einer Unmündigkeit, wie er es selten thut, die politische und persönliche Freundschaft mit Bennigsen betont und so die unfinnigen Gerüchte Älgen tragt, die von clericaler und conservativer Seite im Umlauf gesetzt wurden, als Bennigsen seine Mandate niederlegte, gibt er seiner Ueberzeugung unzweifelhaft Ausdruck, daß, wenn Bennigsen auf eine große national-liberale Partei gestützt ins Ministerium getreten wäre, die Entwicklung unserer Politik eine sicherere und ruhigere, auch eine stetigere gewesen wäre. Und daß Bennigsen als Minister der Unterstützung seiner Fraktionsgenossen nicht durchweg sicher war, dafür scheint ihm das Verhalten Laszlers, mit dem er ja selbstverständlich über die Lage gesprochen haben wird und dem nach Bennigsen's Eintritt in die Regierung die Führerschaft der Partei anheimgefallen wäre, den Beweis gegeben zu haben. Und unter diesen Umständen freilich mußte Bennigsen die Ministerfraktion ablehnen oder nothgedrungen Bedingungen stellen, von denen er wußte, daß Bismarck sie nicht annehmen könnte.

* Zu den Vorgängen im Reichstage führt u. a. die „Post“ folgendes aus:

... Mag man aber auch über das Verhalten des leitenden Staatsmannes in der Sache denken, wie man will, so viel ist jedenfalls klar, daß, wer sich nicht scheut, das tragische Ende des Parteiführers zum Ausgangspunkt eines Parteimandats, das Grab desselben zur Operationsbasis für einen Feldzug gegen die Staatsregierung zu nehmen, das Recht verwirrt hat, sich darüber zu beschweren, daß auch der Gegner vor dem kaum geschlossenen Grabe nicht Halt macht. So unerfreulich und unerquicklich es auch ist, daß die politische Vergangenheit des Verstorbenen in die Mitte des Tagesstreites gezogen wurde, die Schuld fällt auf diejenigen zurück, welche aus dem Andenken Laszler's Capital für ihre Parteizwecke zu schlagen suchten. Ihnen vor allem ist es zuzuschreiben, wenn der Parteipolitiker Laszler vorzugsweise zum Gegenstand der Betrachtung und

demgemäß natürlich auch zu dem der verschiedenartigsten Beurteilung gemacht wurde. Dies über alle Zweifel klar gestellt zu haben, ist das Verdienst der Rede des Fürsten Bismarck. Aber es ist dies nur die eine Seite der Sache; die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben auch für das Gebiet der auswärtigen Politik eine weittragende Bedeutung, denn es war ohne Zweifel angeht die der Versuche, aus Anlaß der Resolutionsgeschichte die Regierung der Vereinigten Staaten mit Deutschland zu verheizen, von großem Werte, in der jeden Zweifel auf das Bestimmteste ausschließenden Weise constatirt zu sehen, daß die Rücksendung jenes Schriftstücks in keiner Weise seine Spitze nach Washington richtet, vielmehr über die freundlichen Gefinnungen der Vereinigten Staaten gegen Deutschland und umgekehrt kein Zweifel besteht. ...

Deutscher Reichstag.

5. Plenar-Sitzung vom 14. März 1884.

Am Bundesrathstische: Staatssecretär v. Bötticher u. a. Auf der Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung des Unfallversicherungsgesetzes. Abg. Lohren (Reichspartei): Die großen Principien der vom Reichskanzler geplanten socialen Gesetzgebung könnten nur von denen erweisen werden, welche den Gedankengang der Bismarckschen Politik voll erfaßt haben. Den modernen revolutionären Bewegungen der Neuzeit sollte durch Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung der Boden entzogen werden. Dieser sucht man die einheitlichen Grundzüge der Socialreform zu zerstören; die Unfallversicherungsfrage bietet allen dem Reiche feindlichen Elementen ein willkommenes Angriffsobject. Trotzdem werde man die Socialreform nicht aufhalten können. Redner bespricht sodann eingehend die Vorlage; die zu geringe Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung hatte er für einen großen Fehler, der den Vorwurf der Doucose-Gesetzgebung zuzurechnen sei. Diese Beschränkung widerspreche dem Princip des allgemeinen Wahlrechts. Ebenso sei es ein Fehler, daß auch diejenigen unterstellt werden sollten, die abthätig Unfälle herbeiführen. Damit legalisire man den Selbstmord. Hoffentlich werde aus den Commissions-Berathungen etwas Segensreiches hervorgehen. Abg. Dr. Vamberger (Fusionist): Die Vorlage zeige, wie segensreich und förderlich eine zielbewusste Opposition wirke. Die gestellten Ziele hätten auf viel einfachere Weise erreicht werden können, wenn man sich nicht auf diese eigenartige Form der Bekämpfung der socialistischen Propaganda capricirte. Die Gefahr dürfe indeß nicht unterschätzt werden, die daraus entsteht, daß man die ganze industrielle Thätigkeit im Reiche gewissermaßen nach einer Schablone organisiren wolle. Viel richtiger würde das Princip der freien Genossenschaften sein, bei dem jeder seinen Beitrag freiwillig zahlt. Freilich seien diese freien Vereinigungen nicht beliebt, doch Exemplare sind odiosa. Sollten wir angesichts der guten mit den freien Vereinigungen gemachten Erfahrungen

11)

Carlos.

Hamburgischer Roman von F. Alind.

„Du wirst Dich selbst compromittiren und — mich!“

„Eine Frau, die sich selbst compromittirt, wie Du es gethan hast, verdient nicht, daß es der Welt verborgen bleibe.“

Sie wandte sich von dem Manne ab, den sie um seines falschen Begriffes von Ehre willen haßte. Hier war jedes weitere Wort nutzlos und sie war nicht geneigt, es zu verschweigen.

„Hast Du mir noch etwas zu sagen?“ fragte sie, kalt bis ins Herz.

„Ich möchte Dich bitten, dieses Haus nicht ohne meine Erlaubnis zu verlassen.“

„Das heißt, ich bin Deine Gefangene?“

„Wenigstens so lange, bis Gustav Winkelmann festgenommen sein wird.“

Sie konnte keinen Laut über ihre Lippen bringen, während ihr Gatte ihr eine stumme Verbeugung machte und sich dann entfernte. Eine unfassbare Angst hatte sie ergriffen, eine Angst, die ihr die Knie zuschüttelte. Sie sah sich wie hilflos in dem großen, prächtig eingerichteten Gemache um, ein Schauer durchrieselte ihre Gestalt und sie brach ohnmächtig zusammen.

Doch nur für kurze Zeit war sie den Qualen entrückt. Es war nur ein Schwindel gewesen, der schnell vorüberging.

Ihre Bähne schlugen wie im Fieberfroht auf einander. Sie sollte das Haus nicht verlassen

— wer wollte es ihr verwehren? Sie eine Gefangene? Sie konnte sich selbst nicht wieder — es war der Wut einer Wöwin, der man ihr Junges rauben will, welcher sie befehle. Nun galt es einen Kampf auf Tod und Leben! Sie ahnte, was ihr Gatte wollte, oder — hatte er das Unfassbare bereits zur Ausführung gebracht? Sie klingelte ihrer Kammerfrau.

„Lora, Du bist mir allezeit eine treue Dienerin gewesen. Du bist seit zehn Jahren in meinem Dienste. Ich bedarf jetzt Deiner und Deiner Verschwiegenheit. Gehe, hole mir Deinen Alltagsanzug. Wir beide sind von gleicher Größe. Du wirst Dich hier in meinem Zimmer einschließen und niemandem Zutritt gestatten, während ich das Haus auf kurze Zeit zu verlassen gezwungen bin.“

Die Kammerfrau sah ihre Herrin tieftraurig an.

„Müssen Madame selbst gehen?“

„Ja, mir kann niemand Beistand leisten.“

„Gute Nacht, jede Stunde gefährdet die Freiheit meines Sohnes! Du siehst mich ungläubig an, Du verstehst meine Worte nicht und doch enthalten sie die bitterste Wahrheit. Später sollst Du alles wissen — jetzt zögere nicht.“

Die Dienerin eilte hinaus und nach Verlauf von kaum einer halben Stunde war Marie ihrer Kammerfrau täuschend ähnlich gekleidet. Niemand, der Frau Winkelmann kannte, konnte in dieser einfachen Erscheinung mit dem schlichten braunen Wollkleide die allzeit elegant gekleidete Dame vermuten.

In derselben Stunde, als Herr Winkelmann in seinem prächtigen Wagen wieder der Stadt zu-

fuhr, verließ seine Gemahlin abermals durch die Hintertür in der Hede die reiche Wohnung, doch lenkte sie ihre Schritte dieses mal nicht der Stadt zu, sondern schritt querfeldein durch Wiesen und Felder eilfertig davon.

Drittes Capitel.

Die kleine Tänzerin.

In einer engen Straße der Stadt, inmitten des regen Verkehrs der Armut lag ein großes, zweistöckiges Haus. Es sah verwahrloßt und baufällig aus und war stellenweise sogar mit eisernen Stangen zusammengehalten, wie um es vor dem Einstürzen zu schützen. Die Fenster, klein und grünlich, zum Teil in Bleifassung, schienen seit Jahren keinem Reinigungsproceß unterworfen gewesen zu sein, ein anderer Teil fehlte ganz und war durch Holz- und Papierstücke ersetzt.

Die einzige, niedrige Thür hing kaum noch in ihren Angeln. Dennoch war das Haus von vielen Menschen bewohnt, die ein Asyl darin gefunden hatten. Unten im Hause wohnten mehrere Arbeiterfamilien, die sich redlich und fleißig ernährten, aber über den Erwerb Ordnung und Nützlichkeit zu vergessen gewöhnt waren. Aber auch noch verschiedene italienische Existenzen gingen in diesem Hause des Elends aus und ein.

Hinten auf dem Hofraum, wohin weder das sanfte Licht des Mondes, noch auch nur ein einziger Sonnenstrahl drang, wohnte ein alter Mann mit seiner bildhäßlichen, fünfzehnjährigen Tochter. Die Mädchen hatte früher in einer

der lebhaftesten Straßen gestanden, Sommer und Winter, bei Sonnenschein und Regen, Sturm und Unwetter, und hatte mit seinen wunderbaren Augen die Aufmerksamkeit manches Vorübergehenden erregt und manche kleine Münze war in die zitternde, kleine Hand gegliitten, die sich, eine Gabe ersiehend, ausstreckte. Dann aber, als Deborah Nieschel größer und älter geworden war, hatte sie sich des Bettelns geschämt und versucht, durch Nähen den Bettelsohn in ehrlichen Verdienst zu verwandeln. Es war ihr nicht leicht geworden, nur ein eiserner Fleiß, die rastloseste Arbeit konnte ihr einigen Ertrag gewähren. Aber es war ja nicht genug, was sie verdiente. Die Choristinnen, welche dem hübschen Mädchen gern ein paar Schillinge zuwendeten, waren keine guten Zahlerrinnen, denn sie hatten selbst nichts, und oft genug mußte noch die eine oder andere von ihrer kleinen Einnahme Angehörige unterstützen.

Nur mühselig verdiente die kleine Deborah Nieschel für sich und ihren unglücklichen Vater dem das Licht der Vernunft auf immer erloschen war, so viel, daß sie ihren Hunger stillen. Der alte Mann mit dem wallenden, schneeweißen Haar und Bart machte einen furchtbaren Eindruck, die Stunden kamen, wo er in wilder Rast selbst das Leben seines Kindes bedrohte, so, aber sah er still und harmlos in seinem zehnten Lehnstuhl und schaute vor sich nieder, der Bild namenlosen Jammers.

„Wer — Wer sind Sie?“ stieß sie zitternd hervor.

„Deborah, Sie vergehen, das ist Sie ja!“

uns nun plötzlich zu fast militärisch organisierten Corporationen entschließen? Der Versuch sei sehr bedenklich und reich würden die Schwierigkeiten sein, auf die man stoßen werde. Glaubt man denn wirklich, daß sie alle gut funktionieren würden? Die geringste Störung beeinflusse das ganze Getriebe. Es sei das Unglück der Zeit, daß man sich stets bedröhen lasse durch die Klagen der Leute, welche jammern: ach Gott, ich bin ins Unglück gekommen. Du sollst mich nur garantieren, Du brauchst nicht zu zahlen. Er fürchte, der Staat werde später einmal zahlen müssen und dann werde man die heutige Generation anklagen und ihr Andenken nicht segnen. Wesentliche Verbesserungen müsse die Vorlage gegen ihre Vorgängerinnen allerdings auf, aber es blieben noch bedeutende Punkte übrig. Die Reichsgarantie könne leicht eine Menge von Infolventen von Berufsgenossenschaften herbeiführen, die immer gerne bereit sein würden, ihre Last auf das Reich abzuwälzen. Auf diese Weise könnten viele Millionen verschlungen werden. Damit der Marsch ins unbekannte sozialistische Land mit möglichst leichtem Gepäck erfolge, übertrage man die Auszahlungen der Post — eine bedenkliche Einrichtung. Ungerecht sei es, eine große Reihe von Arbeitern zu zwingen, zur Krankenversicherung beizutragen, aus der alle durch Unfälle Verletzten während 13 Wochen unterstützt werden, während viele Arbeiter, die hierzu beitragen, keinen Anspruch auf Unfallversicherung haben. Wenn man alle gewerbliche Tätigkeit von den Verwaltungsbehörden gängeln lassen wolle, dann höre alle Freiheit und freiheitliche Entwicklung auf. Durch Gesetze, wie das vorliegende, werde der revolutionäre Sozialismus nicht beseitigt, sondern im Gegenteil recht lebendig erhalten. Staatssekretär des Innern v. Bötticher: Es könne nicht die Absicht bestehen, mit dieser Vorlage die revolutionären Sozialpolitiker zu uns herüberzuziehen. Die Regierung treibe praktische Politik und entziehe so der Socialdemokratie den Boden. (Abg. v. Bollmar: Abwarten!) Volkstommenes auf diesem Gebiete zu leisten, sei unmöglich; aber der gestern laut gewordene Vorwurf, die Vorlage verrate die Einseitigkeit des grünen Tisches, sei durchaus unmotiviert. Abg. Dr. Damberger lasse sich durch seine Abneigung gegen jeden Zwang und durch seine Vorliebe für freie Vereinigungen leiten; aber er habe doch auch erklärt, bezüglich des Versicherungszwangs nötigenfalls seine Ueberzeugung zum Opfer bringen zu wollen. Die Regierung sei nur nach eingehendsten Erwägungen zu dem Schritte gekommen, die Privatversicherung auszuschließen, da viele derselben fast die Hälfte der Prämien auf Unkosten absorbierten, viele ständig in Processen der Entschädigungen verwickelt sind. Die Regierung werde gern bereit sein, in Erwägung zu ziehen, ob die Wohlthaten der Unfallversicherung auch auf weitere Arbeiterkreise ausgedehnt werden können. Diesen Schritt schon jetzt zu thun, schien nicht rätlich; es würden damit die Schwierigkeiten bedeutend vermehrt worden sein. Als Institut der Arbeiterauschüsse reiche aus und sei geeignet, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu fördern. Gegenwärtig bestesse dieses Institut an zwei Stellen in Deutschland, wo es sehr günstig wirke. Was das Umlageverfahren anlangte, so habe man von gegnerischer Seite für die Industrie eine Mehrbelastung von 431 700 000 M. herausgerechnet. Diese ganze Berechnung basiere auf falschen Voraussetzungen und falle mit diesen. Es handle sich bei dieser Vorlage um keine politische Frage, er bitte um ruhige, sachliche Prüfung derselben, da wir doch alle das selbe Ziel verfolgen: Beseitigung allgemein anerkannter Uebelstände. (Beifall rechts.) Abg. Frhr. v. Hertling (cons.): Durch die Vorlage werde versucht, diejenigen Schäden zu beseitigen, die sich bei der Entwicklung unserer Industrie herausgebildet haben. Die Frage: Ob Haftpflicht oder Versicherungszwang sei kaum noch freitlig. Die Vorlage enthalte wesentliche Verbesserungen gegen die früheren Vorlagen. Die Privatgesellschaften seien für die Versicherung ungeeignet, die Actiengesellschaften durchaus unzulässig. Die Interessen der Industrie würden am besten durch eine Veranlagung der Interessenten gefördert. Es sei zu dauern, daß der Gedanke einer corporativen Organisation in der Vorlage nicht noch deutlicher zum Ausdruck gelange. Gegen das Reichsversicherungsamt habe er schwere Bedenken, im Interesse der Berufsgenossenschaften sowohl, wie der politischen Grundsätze. Er beantragte, die Vorlage an eine 28 gliedrige Commission zu verweisen. Abg. Böwe: Berlin legt den ablehnenden Standpunkt der Fortschrittler dar. Das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit der Arbeitgeber werde durch das Gesetz schwer verletzt. Der Staat solle nicht die zahlungsunfähigen Genossenschaften einbüßen, was damit den Arbeitern auf der einen Seite gegeben werde, das werde ihnen durch Mehrbelastung wieder genommen. Für solch ein unangelegentlich dürften sich die Arbeiter bedanken. Als in der erweiterten Haftpflicht liegenden Grundgründe könnten allein den Interessen der Arbeiter Arbeitgeber gleichmäßig dienen. Hierauf verweist sich das Haus am morgen Vormittag 11 Uhr.

Berlin, 15. März. Die erste Beratung des Reichsversicherungsamts wurde heute zu einer sehr lebhaften Debatte geführt. An der heutigen Verhandlung nahmen der Reichskanzler Fürst Bismarck teil, welcher eine sehr energiegeladene Rede hielt, in welcher er die gegnerischen Ausführungen der Abg. von Hertling und Dr. Damberger entgegentrat. Die beiden Redner erklärten, daß sie in der früheren Beratung zu Tage getretenen Mängel nach Möglichkeit beseitigt. Die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf die in den früheren Beratungen nicht berücksichtigten Kategorien von Arbeitern, namentlich

auf die des Baugewerbes und der Land- und Forstwirtschaft werde sofort angestrebt werden, sobald das Gesetz angenommen sein wird. Das Parlament könne ja jeden Fortschritt in der Gesetzgebung verhindern, aber sein einfaches Nein, ohne die Sache nach irgend einer Richtung hin zu verbessern, schädige nur sein Ansehen. Er konstatire vor dem Volke, daß sich die Regierung die größte Mühe gegeben hat, die Sache zu fördern. Was die Zulassung von Actiengesellschaften anlangte, so solle nach Ansicht der Regierung Unglücksfälle nicht dazu dienen, um möglichst hohe Zinsen und Dividenden herauszuschlagen. Ohne einen gewissen Socialismus könne der Staat überhaupt nicht bestehen. Die socialdemokratische Partei sei eine wesentlich politische Partei. Der Reichskanzler wies den von Damberger gebrauchten Ausdruck „socialistische Schurke“ sehr entschieden zurück; es handle sich um eine reiflich erwogene Vorlage. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß alle mitwirken möchten, um durch Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber den inneren Frieden zu festigen, damit wir auch in die Lage kommen, dauernde Zustände zu schaffen und das Ausnahmegesetz aufzuheben. Abg. Sonnemann (Volkspartei) sprach für die Vorlage, welche die rechte Mitte zwischen polizeilicher Bevormundung und freihändlerischen Prinzipien halte. Abg. Dr. Damberger suchte gegenüber dem Reichskanzler, welchem er vorwarf, keine Opposition zu tragen zu können, seine Stellungnahme zu rechtfertigen. Man möge es dem einzelnen überlassen, wie er sich nähren und erhalten will. Staatssekretär v. Bötticher konstatirte, daß Damberger immer nur sage, wie es nicht gemacht werden soll, nicht aber, wie es besser gemacht werden kann. Abg. Reuschner trat für die Vorlage ein, die sich den bestehenden gegenwärtigen Verhältnissen mehr anpasse, als die früheren. Gegen einzelne Bestimmungen hat der Redner Bedenken, er hoffe indes, daß auf dem Wege des Compromisses etwas gutes werde zustande gebracht werden. Abg. Dr. Vahl (nat.-lib.) will, daß die Actiengesellschaften zur Versicherung zugelassen werden und spricht sich wenig günstig über die Vorlage aus. Abg. Dr. Hirsch verhält sich zu derselben ganz ablehnend, während Abg. v. Alken-Unden im Sinne des Entwurfes wirken wird. Schließlich wurde die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen. Nächste Sitzung: Montag.

Preussischer Landtag.

62. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

§§ Berlin, 14. März.

Die Tribünen sind überfüllt; vor dem Sitzungssaal sind zahlreiche Leute versammelt, welche nicht mehr Zutritt erlangen konnten. Am Ministerische: die Minister des Innern und der Justiz v. Puttkamer und Dr. Friedberg. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist Interpellation des Abg. Zelle und Genossen (Fortschrittspartei) über die Judenverhältnisse in Neustettin. Die Interpellation lautet: Ich frage die königliche Staatsregierung, ist dieselbe in der Lage, über die tumultuösen Vorgänge in Neustettin am 8. und 9. d. M. authentische Auskunft zu erteilen. Abg. Zelle begründet die Interpellation. Die Zustände in Neustettin seien bereits vor zwei Jahren hier erörtert worden. Damals sei seitens der Regierung erklärt worden, es seien zur Aufrechterhaltung des Landfriedens die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden. Damals sei auch, abgesehen von einem Falle, Eigentum nicht gefährdet worden. Leider sei es inzwischen anders geworden. Allerdings habe die Presse über die neuesten Vorgänge in widersprechender Weise berichtet; aber es hätte wenigstens dafür gesorgt werden sollen, daß die Freigesprochenen bei ihrer Rückkehr in die Heimat unbehelligt blieben. Eine eingehende Untersuchung werde erst ergeben müssen, in welchem Zusammenhang die Freisprechung in dem Konitzer Prozesse mit den Neustettiner Zusammenrottungen stehen. In den letzten Tagen hätten sich ähnliche bedenkliche Erscheinungen in Dortmund gezeigt und es sei Zeit, den erforderlichen kalten Wasserstrahl loszulassen, bevor der Brand ausbreche. Minister v. Puttkamer giebt eine Darstellung der Neustettiner Vorgänge nach den vorliegenden amtlichen Berichten. In Neustettin habe bis Sonnabend Abend keine Erregung stattgefunden. Am jenem Abend seien die Freigesprochenen in dem Omnibus angekommen; als dieser an einem Vergnügungsort vorüberkam, in welchem ein Maskenball stattfand, fielen aus einem jenen Local gegenüber liegenden Hause des jüdischen Kaufmanns Flater Steine in die Menge. Darüber kam es zur Erregung, die Fenster des Omnibus wurden zertrümmert; allein Niemand wurde verletzt. Die entgegengekehrte Zeitungsbearbeitung seien falsch. (Hört, hört! rechts.) Der Bürgermeister habe die Ruhe wieder hergestellt. Der Landrat requirirte sofort die sämtlichen ihm zur Disposition gestellten Gendarmen, auch einige allerdings nur mangelhaft bewaffnete Nachtwächter. Am Sonntag erst entstanden, trotzdem die Schließung der Wirtschaften bereits um 6 Uhr angeordnet war, Tumulte, bei dem einige Fenstersteine zertrümmert und an einer Stelle die Fensterladen demoliert wurden. Ferner wurde in zwei Localen eingebrungen, dort der Inhalt der Tageskaffe auf den Boden gestreut und einige Gebinde Branntwein zerbrochen; der Insult sei von etwa 8—10 Personen verübt, Landstreichern und bestraften Personen, die verhaftet wurden und strenger Bestrafung wegen Landfriedensbruchs entgegenstehen. Der Regierungspräsident habe zur Aufrechterhaltung der Ruhe Militärkräfte herbeigeholt. Auf das Neueste sei die provocatorische Haltung eines Teils der Presse zu beklagen. (Sehr richtig! rechts. Aufste: Wahlmänner!) Die Behörden haben im vollsten Umfange ihre Schuldigkeit gethan. Sie konnten nicht erwarten, daß

die Freisprechung im Konitzer Prozesse zu Excessen führen würde. Vortragsregeln hätten die Erregung nur gesteigert. Die Erregung sei hervorgerufen worden durch die Kunde, daß Steine aus jüdischen Häusern geworfen wurden. Es seien bedauerliche Ausschreitungen vorgekommen, die aber keineswegs so erheblich seien, wie ein großer Teil der Presse sie darstelle. (Beifall rechts.) Abg. Stöcker: Die Sache war noch nicht genügend geklärt, um zum Gegenstand einer Interpellation gemacht zu werden. Nachdem die Kaiseraffäre im Reichstage verunglückt war, wird hier die Neustettiner Angelegenheit hervorgeholt; es erklärt sich das, wenn man bedenke, daß die „deutschen Freisinnigen“ jetzt die Sammelbüchsen herumgehen lassen; da suche man Propaganda zu machen, um die Büchsen zu füllen. (Zuruf des Abg. Hanel: Gemeinheit. Der Vicepräsident v. Heeremann ruft Dr. Hanel zur Ordnung und bittet den Redner um eine objectiv Behandlung der Sache.) Abg. Stöcker fährt fort: Die nichtswürdige Polizeipresse habe die Dinge gröblich entstellt. Der alte Heideemann sollte halbtot geschlagen worden sein; jetzt steht fest, daß ihm kein Haar gekrümmt sei. Die Erregung in Neustettin habe ihre Ursache in dem jüdischen Wucher, den die Leute bis ins Blut auslaugte. Ein in seinem Verstande beschränkter Bauer habe einen Wechsel über 50 Thaler unterschrieben, den seine Verwandten nach 13 Monaten mit 350 Thalern auslösen mußten. Das sei eines der Beispiele für den jüdischen Wucher. Am besten wäre es, es würde verfahren, wie sonst in Westfalen, daß nämlich Juden einen Bauernhof nur erwerben könnten, wenn sie ihn nur mit jüdischem Gesinde bewirtschafteten und daß Zahlungsverhältnisse für Juden nur Gültigkeit haben, wenn sie vor Gericht geleistet sind. Die Autorität der Verwaltungsbeamten müsse ebenso hoch stehen wie die der Richter. Die jüdische Presse coquette oft mit den Feinden des Landes und verlange, wir müßten erst auf diejenige Stufe der Bildung gelangen, welche die Juden einnehmen. (Heiterkeit.) Minister v. Puttkamer konstatirte noch nachträglich, daß am Sonntag gegen Werner einige Schläge, aber keine Körperverletzung erhalten habe. Abg. Munkel (fortsch.): Stöcker liebe, wie er sage, den Frieden, auch manchmal die Juden, aber Herr Stöcker sei doch kein Gesinnungsgenosse. Die antisemitische Presse leiste in Entstellungen mehr als die sogenannte jüdische Presse. Weil einmal ein Jude 300 Procent genommen habe, deshalb wurden die Freigesprochenen gehaßt; das sei der neueste Grundsatz christlicher Liebe. Die Neustettiner Vorgänge seien nicht harmlos. Es seien Stöckische ausgebreitet, Gegenstände demoliert worden. In dem Prozesse hätten sich Dinge herausgestellt, die auf einen Antisemitismus bei den Behörden schließen lasse. (Oho! rechts.) Der Landrat habe neben dem Staatsanwalt die Untersuchung geleitet, sich zum Zeugen angeboten, Zeugen inführt und den Rechtsanwalt Scheunemann zu veranlassen gesucht, ehrenhalber die Verteidigung abzulehnen, da die Angeklagten schuldig seien. Daß ein Jude in der fraglichen Situation mit Steine werfe, sei Wahnsinn. Die Erregung in der Bevölkerung sei eine Wirkung Stöcker'scher Agitation. Vortragsregeln seien nicht getroffen worden. Auf seiner Seite sei man mit der in Aussicht gestellten Bestrafung der Schuldigen zufrieden gestellt. Minister v. Puttkamer weist die Angriffe des Vorredners auf die Behörden, namentlich auf den Landrat v. Bonin zurück, der seine Pflicht gethan habe, indem er die Wahrheit zu erforschen suchte. Abg. Dr. Hanel (fortsch.): Die Einmischung des Landrats lasse Parteiselbst erkennen. Wenn Stöcker der Linken als Motive der Interpellation Selbstinteressen unterstellt, so habe er dafür nur das Gefühl des Eids und der Verantwortung. (Bewegung.) Es sei auffallend, daß die Tumulte an ein freisprechendes Urteil knüpften. Es sei den Freigesprochenen von ihren Glaubensgenossen nicht einmal eine Ovation bereitet worden, welche den Anlaß hätte geben können. Die Interpellation habe durch die Erklärungen des Ministers ihren Zweck erreicht; wenn Stöcker es vermute, die Debatte in ein antisemitisches Fahrwasser zu leiten, so war es nicht Schuld der Interpellanten. Stöcker könne als Gegner gar nicht mehr anerkannt werden. Abg. Frhr. v. Minnigerode (cons.): Wir müssen fragen, was die Fortschrittspartei mit dieser Interpellation bezweckt. Nach Lage der Dinge hätte man doch die weitere Entwicklung abwarten sollen. Was Herr Stöcker gesagt hat, unterliegt doch wohl groben Mißverständnissen auf jener Seite. Auch nach dem ersten verurteilenden Erkenntnisse waren bereits Unruhen ausgebrochen, die Freisprechung ist also allein nicht die Ursache der Unruhen gewesen. Sie ergreifen mit ihren Reden zugleich Partei für die Leute, die mit 300 % gewuchert haben. (Sehr richtig.) Die Interpellation habe allerdings nur einen agitatorischen Charakter und wir konnten nicht die Gelegenheit freigeigen lassen, hiergegen Protest einzulegen. Abg. Stöcker: Der Abg. Hanel hätte Ursache, seine Entrüstung auf seine Partei anzuwenden, wo man von den Antisemiten als von bezahlten und bestraften Subjecten spricht. Wenn Herr Hanel so die Kameele der eigenen Partei verurteilt, dann soll er über die Mäulen der Gegner nicht solches Gerede erheben. Wir wollen nicht, daß ein fremder Stamm unser Volk durch Zug und Trug sich unterwerfe; uns ist bange um unser Vaterland. Abg. Hanel: Stöcker habe kein Wort über den Neustettiner Fall selbst gesprochen. Er höre auf für ihn ein Gegner zu sein. Mit jedem Tage schwindet bei ihm die Sachlichkeit und die reine subjective Wahrheitsliebe. Der Präsident weist diese Behauptung als unparlamentarisch zurück. Abg. Zelle verwarf sich gegen die Behauptung, daß der Interpellation pecuniäre

Nachrichten zugrunde lägen. Die Stöcker'schen Reden würden von Ungebildeten in Schläge übertragen. Abg. Dr. Wagner tritt für Stöcker ein. Wollte man die antisemitische Bewegung in Oesterreich, Ungarn und Rußland auch auf Stöcker zurückführen? (Auf links: Ja! Heiterkeit.) Dort habe man von ihm noch gar nichts gehört. Unter vier Augen gestehe Jeder das Vorhandensein von Uebelständen zu, aber man wolle sie nicht an die große Glocke hängen. Wer da wage, den Finger an die offene Wunde zu legen, der werde mit Roth beworfen. Kaiser habe sich nur einige wenige Gründe herausgegriffen, über die, welche in den Reihen der Linken saßen, sei er hinweggegangen. Redner schließt: Mögen sie mich beschimpfen, so viel sie wollen, häufen sie ihre Beschimpfungen übergehört, das Maß meiner Verachtung erreichen sie nicht. Die Debatte wird geschlossen. In dritter Lesung werden angenommen die schlesische Landgüterordnung, die Secundärbahnvorlage und die Pensionseisenbahngeheule. — Nächste Sitzung Mittwoch. (Petitionen.)

Politische Tages-Rundschau.

NLC. Berlin, 14. März. Die conservativ-clericale Coalition im Reichstag hat jetzt ihre Action auf gewerbepolitischen Gebiet ins Werk gesetzt. Sie hat zwei Anträge eingebracht, die von früheren Angelegenheiten her bekannt sind. Der eine will den Innungsparagrafen (100b) der Gewerbeordnung durch die vielbesprochene Bestimmung ergänzen, wonach die höhere Verwaltungsbehörde anordnen kann, daß Arbeitgeber, welche einer Innung nicht angehören, von einem bestimmten Zeitpunkte an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. In der Gewerbeordnungsnovelle von 1881 war bekanntlich diese Bestimmung, welche einen ungemein starken indirecten Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale Mehrheit abgelehnt. Seitdem haben die reactionären Parteien unablässig daran gehakt, diese Bestimmung, welche durch eine Hinterthür den Innungszwang enthielt, seitens der Regierung vorgeschlagen, wurde aber damals durch eine von dem größten Theil der Freiconservativen unterstützte liberale

Alle Druckfachen liefert schnell u. billig J. Dienst, Gelsenkirchener

Bochumer Handelskammer.

Bochum, 13. März. Aus der vorgelassenen Besprechung der Handelskammer ist als wesentlich das folgende zu berichten:

Der Vorsitzende, Herr Geh. Commerzienrat von Jaare, brachte zunächst zahlreiche Einläufe zur Kenntnis des Collegiums, die wenig Anlaß zu Diskussionen boten.

Aus einem Circular des Ministeriums des Innern, betreffend die Begrenzung der Amtsbezirke der russischen Consulate im deutschen Reich, ist hervorgehoben, daß die Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau, die Rheinprovinz, das Fürstentum Waldeck und das Großherzogtum Hessen dem General-Consulat in Frankfurt am Main zugewiesen sind.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die königliche Regierung zu Arnberg hatten das Collegium aufgefordert, ein Gutachten darüber abzugeben, ob es im Interesse des Handels und der Industrie geboten erscheine, neben der ursprünglich in Aussicht genommenen Canal-Linie von Hülse - Grefeld - Uerdingen eine Abzweigung Hülse - Mörs - Essen anzulegen oder welche von diesen beiden Linien, falls eine derselben den Bedürfnissen des Verkehrs genüge, der Vorzug zu geben sei.

Ueber diesen Gegenstand erstattete Herr Gruben-director Frielingshaus einen eingehenden Bericht, mit dem Antrage, die nachfolgende Resolution anzunehmen: „Die Handelskammer hält die Ausführung einer Abzweigung des projectirten Rhein-Maas-Canals von Hülse aus nach einem rheinabwärts von Uerdingen gelegenen Punkte für dringend wünschenswert und empfiehlt, die Abzweigungsstelle in den Rhein, wenn irgend möglich, so zu wählen, daß sie einerseits der Einmündung des projectirten Rhein-Wefer-Eise-Canals möglichst gegenüber und andererseits den Häfen von Ruhrort und Duisburg näher und vorteilhafter liegt, als die beabsichtigte Einmündung bei Uerdingen.“ Die Handelskammer pflichtete nach längerer Discussion dieser Resolution einstimmig bei, und beschloß, dieselbe mit ausführlicher Motivierung der königlichen Regierung zu Arnberg zur Kenntnis zu bringen.

Der Herr Vorsitzende beleuchtet weiter die wichtigsten Beratungsgegenstände der für den 2. und 3. April anberaumten Plenarversammlung des deutschen Handelsrates. Mit dem Mandat, die Handelskammer in dieser Versammlung zu vertreten, wurde auf Antrag des an der Teilnahme verhinderten Vorsitzenden der Herr Gruben-director Kirdorf betraut.

Das Collegium nahm Kenntnis von einem ausführlichen Bericht, welchen die zur Prüfung der Beschwerden des Herrn C. Bittich gegen die Gültigkeit der Handelskammerwahlen vom 29. November v. J. ernannte Commission schriftlich erstattet hat. Darin wird unter ausführlicher Motivierung beantragt, den Protest des Herrn Bittich in allen Teilen für unbegründet zu erklären. Die Handelskammer stimmt diesem Antrag einstimmig zu und beschloß, den Herrn Bittich davon unter Hervorhebung der wesentlichsten Punkte des Berichts der Commission in Kenntnis zu setzen.

Eine Zuschrift der Handelskammer zu Grefeld, betreffend die Schnellzug-Verbindung Paris-Brüssel-Aden-Clabach-Grefeld-Duisburg-Mülheim-Essen-Bochum-Dortmund, bot Anlaß zu einer längeren Debatte, in welcher einhellig anerkannt wird, daß die genannte Linie gewiß Vorzüge vor anderen die Stadt Düsseldorf berührenden habe und beßhalb eine solche Instruktion sehr wünschenswert sei, daß es aber im Interesse unseres Bezirks geboten erscheine, dasjenige Project fördern zu helfen, welches die meisten Chancen habe, baldigst ausgeführt zu werden. Es kamen dabei u. a. auch die seit Jahren laut gewordenen, sowohl an das kaiserliche Generalpostamt, als auch an den Herrn

Minister der öffentlichen Arbeiten gerichteten Beschwerden über die ganz unverantwortlich langsame Correspondenzbeförderung zwischen Paris und den Industriestädten Mülheim, Essen, Bochum zur Sprache, deren Abstellung nur durch die Leitung der schnellsten Züge über Mülheim-Essen-Bochum zu ermöglichen ist. In diesem Sinne namens der Handelskammer zu wirken, wurde der Herr Vorsitzende beauftragt, welcher sich dazu auch bereit erklärte.

Legterer erstattete schließlich Bericht über die am 11. und 12. Februar vom Ausschuss des Centralverbandes deutscher Industrieller über den Gesehtwurf, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, gepflogenen Verhandlungen. Das Collegium beschloß, in einer Eingabe an den Fürsten Reichskanzler, die auch dem Reichstag und Bundesrat mitzuteilen sei, das Einverständnis der Handelskammer mit dem vom Ausschuss des Centralverbandes zur Sache beschlossenen Resolutionen auszusprechen und um Berücksichtigung der bezüglichen den früheren Regierungsvorlagen conformen Wünsche bringend zu bitten. Sämtliche Anwesenden stimmten diesem Antrage zu.

Die Schützlinge des großen Kurfürsten.

9) Historische Erzählung von Max Ring.

Noch größer als die Trauer um den geliebten Toten war der Schmerz der Familie Roussel über den Streit, der sich um die Vererbung des Verstorbenen erhob, da die Geistlichkeit den Nachnamen für sich beanspruchte und, trotz aller Widerrede seiner Angehörigen, auf obrigkeitlichen Befehl ihn mit allen Ceremonien auf dem katholischen Friedhof bestattete, wobei sämtliche Verwandten gezwungen wurden, dem herkömmlichen Ritus und der Totenfeier beizumohnen, so sehr sie sich auch dagegen sträubten.

Wenige Tage nach diesem doppelt schmerzlichen Ereignis sah die trauernde Familie in ihrem Bandhause, tief betrübt durch ihren Verlust und von schweren Sorgen um die Zukunft erfüllt, da, wie sie sich nicht verschweigen konnten, ihre Lage mit jedem Tage peinlicher und unhaltbarer zu werden drohte.

Selbst der sonst so geduldige und vertrauensvolle Goldschmied war durch die letzten Vorgänge auf das Tiefste erschüttert und aus seiner Ruhe aufgeschreckt, so daß er seinen Kummer nicht länger verbergen konnte und zum ersten mal in laute Klagen über die unerträglichen Bedrückungen und Verfolgungen ausbrach.

„Bei Gott!“ seufzte er tief. „Die Ungerechtigkeit und Bosheit unserer Freunde überdreht jedes Maß. Solche Gewaltthaten kann der König nicht wollen. Ich werde mich bei ihm beschweren.“

„Das wird Dir nichts nützen“, erwiderte Raoul, „selbst wenn es Dir gelingen sollte, zu ihm zu bringen, was ich bezweifle.“

„Ludwig ist nicht grausam.“

„Aber ehrgeizig, und der Ehrgeiz macht ihn unbulbim. Aus Ehrgeiz opfert er tausende seiner Unterthanen auf dem Schlachtfeld, verfolgt er die Reformierten, um mit dem Ruhm des Eroberers den Namen eines Wiederherstellers der katholischen Kirche zu verbinden. Er hält sich für ein auserwähltes Werkzeug der Vorsehung, für einen zweiten Constantin oder Carl den Großen und seine Schmeichler bestärken ihn in diesem Wahne. Seine Selbstvergötterung verblendet seinen sonst so klaren Verstand und verhärtet sein für bessere und edlere Empfindungen keineswegs unempfängliches Herz. Sein Ich ist seine einzige Gottheit; er glaubt darum der wirkliche, lebhaftige Stellvertreter Gottes auf Erden zu sein, dem das Leben, das Herz und das Bewußtsein seiner Unterthanen gehört und dessen Befehle göttliche Gebote sind. Niemand darf es wagen, ihm zu widersprechen und selbst die Käte und Bischöfe, welche die grausamen Maßregeln gegen die Refor-

mieren mißbilligen, scheuen seine Ungnade oder sind von der Fruchtlosigkeit ihrer Vorstellungen überzeugt.“

„Liebt es denn“, rief der Goldschmied verzweifelt, „keinen Schutz, keine Hilfe gegen diese himmelschreienden Bedrückungen? Findet sich unter den vielen protestantischen Königen und Fürsten auch nicht einer, der sich seiner verfolgten Glaubensbrüder annimmt und ihnen beistehen will? Können sie es ruhig mit ansehen, daß man ihre Religionsgenossen wie wilde Tiere in die Messe hegt und sie zur Abschöderung der reinen Lehre mit Gewalt zwingt? Warum schweigt das stolze England? Was hindert die kühnen Holländer, ihre Stimme zu erheben? Wo bleibt das tapferere Schweden und das glaubensstarke Deutschland? Hat denn keiner den Mut, für uns einzutreten und unsere Sache zu führen?“

„Sie beugen sich alle vor der Macht des siegreichen Ludwig und sind zu schwach, um ihm zu widerstehen. Das reiche Holland ist erschöpft von seinen letzten Kämpfen; Schweden gedemütigt; das deutsche Reich, in sich gerissen und uneinig, blutet noch aus den tiefen Wunden, die ihm der dreißigjährige Krieg geschlagen hat, und in dem protestantischen England herrscht der katholische Jakob der Zweite, der Freund und Bundesgenosse Ludwigs, dessen Gefinnungen er teilt.“

„So sind wir verloren“, klagte der Goldschmied, „und rettungslos in die Hände unserer Feinde gegeben.“

„Nur ein Fürst“, versetzte Raoul, „vermag uns zu helfen, und ich traue ihm den Mut zu, für seine Glaubensgenossen alles zu thun, was in seiner Kraft liegt.“

„Und wer ist dieser Fürst?“ fragte der Goldschmied gespannt.

„Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst von Brandenburg. Er ist der Hort, das Bollwerk des Protestantismus, der Beschützer unseres Glaubens.“

„Aber seine Macht ist gering, sein Staat nicht viel größer als das ganze Langobard.“

„In ihm lebt ein großer Geist und er hat es bewiesen, daß er Ludwig nicht fürchtet. Als die Schweden, von Ludwig aufgereizt, in sein Land fielen, schlug er sie mit tapferer Hand und verfolgte sie bis an die Küsten der Ostsee. Seitdem blüht die Welt mit Bewunderung auf den nordischen Helden und selbst Ludwig achtet ihn und sucht seine Freundschaft und Bundesgenossenschaft.“

„Wird er aber unsern weichen Feinden und Vortell auf's Spiel setzen und sich mit seinem mächtigen Freund, von dem er bedeutende Subsidien bezieht, überwerfen?“

„Er kennt keine Menschenfurcht und seine Ueberzeugung steht ihm höher als alle irdischen Interessen. Schon einmal hat er Ludwig ernste wirkungsvolle Vorstellungen wegen der Maßregeln gegen die Reformierten gemacht und seine Stimme zugunsten seiner Religionsgenossen nicht ohne Erfolg erhoben. Zugleich nahm er die verfolgten Hugenotten in seinen Staaten auf und überhäufte sie mit Wohlthaten, ohne den Zorn Ludwigs zu scheuen. Er wird auch uns nicht verlassen und uns mit offenen Armen empfangen, wenn wir dem undankbaren Frankreich den Rücken kehren und ein Asyl in Brandenburg suchen.“

„Wie“, rief der Goldschmied entsetzt, „wir sollen unser schönes Vaterland aufgeben und in die Ferne, nach dem fremden kalten Norden ziehen, wo, wie man sagt, der Boden eben so rauh wie die Sitten seiner Bewohner sind und noch eine barbarische Finsternis herrscht!“

„Ich habe“, erwiderte Raoul, auf der Universität zu Montpellier einige Deutsche kennen gelernt, die sich ihrer Studien wegen dorthin aufhielten. Wenn sie auch nicht so fein und äußerlich abgepolirt waren wie wir, so besaßen sie dafür einen sittlichen Ernst und eine Herzlichkeit, die ich

der französischen Höflichkeit und Galanterie vorziehen möchte. Unter ihrer rauhen Außenseite verbargen sie ein tiefes inniges Gefühl und eine Zartheit der Empfindung, wie sie nur selten bei uns angetroffen wird. Schwerfällig und nicht leicht zugänglich, waren sie, wenn sie jemandem vertrauten und näher rückten, die besten Gefellen und die treuesten Freunde in Lust und Leid. Ich liebe die Deutschen und fühle mich zu dem christlichen, biederem Volke hingezogen.“

Bermischtes.

Verlin, 11. März. [Denkmal der Königin Louise.] Die Umgebung des Denkmals der Königin Louise gleich gestern, am Geburtstage der hochseligen Königin, einer farbenreichen Dase, die sich in entzückender Pracht von der öden winterlichen Landschaft abhob. Während auf den hohen Tannen, die in weitem Bogen den Platz umgeben, glühender Schnee lagert, blühte und sproßte es auf dem Platz selbst aus tausenden von herrlichen Blumenfeldchen, über die sich die tief dunkeln Blätter äppig wuchernder Lorbeern breiteten. Die nächste Umgebung des Denkmals, soweit das Gitter sie umschließt, bildete ein ununterbrochenes Blumenbeet, das in den farbigsten Farben strahlte. Um das Gitter schlangen sich dichte Laubgewinde, aus Mahonia gebunden; hinter dem Denkmal aber zog sich in weitem Halbkreise eine Kette von Felsen, die einzelne Nischen markierten. Vor dem Denkmal waren bereits in früher Morgenstunde Kränze und Blumen niedergelegt. Auch das Denkmal König Friedrich Wilhelms III. war nicht ohne Schmuck geblieben. Das Gitter war mit Guirlanden und Kränzen reich geziert worden. Schon am Vormittag, noch bevor die Vorbereitungen beendet waren, wurde der Denkmalplatz von vielen hunderten besucht. Der Kaiser war schon am Vormittag vor dem Denkmal erschienen und wiederholte am Nachmittag den Besuch. An dem sonnenhellen Nachmittag pilgerten tausende zu dem Marmorbild.

* [Der Remscheider Damenfriede.] Auf das vor einiger Zeit veröffentlichte humoristische Eingefandte der Frauen in der „Remsch. Ztg.“, in welchem sie darüber klage führten, daß man sie nicht zu dem Feste der Einweihung der neuen Wasserleitung zu Remscheid eingeladen habe, da sie doch vorzugsweise Stimmung für die Wasserleitung gemacht hätten, antworteten nun die Dienstmädchen und Wäschrinnen wie folgt: „Sehr merkwürdig! Es ist eine ganz falsche Ansicht der „mehreren Frauen“, daß sie zu dem Wasserleitungsfeste zugezogen hätten werden sollen; die Frauen, welche das Essen bei Alberty mitmachten, gebrauchen nicht mehr Wasser, als auch die Männer; wir Untergeordneten sind hauptsächlich die Hauptconsumenten der Wasserleitung, wir können zur Schonung der Herrschaft die Pumpen noch gebrauchen, wir können aber auch, damit die Wasserleitung bestehen kann, die Strahlen laufen lassen; es ist deshalb eine gerechte Forderung von uns, daß die Väter der Stadt uns in der Schützenhalle ein Fest veranstalten lassen und nachher Ball. Mehrere Dienstmädchen u. Wäschrinnen.“

* [Suspension eines Bürgermeisters.] Auf Antrag eines Bürgermeisters und zwar in seiner Eigenschaft als Polizeianwalt wurden durch den Antsrichter Linke in Ehenick, mehrere bisher unbescholtene Bürger verhaftet, weil dieselben sich einer Bestechung schuldig gemacht haben sollten. Die Verhafteten wurden laut Verfügung der Staatsanwaltschaft aus ihrer Haft zwar sofort entlassen, aber die Anklage wurde gegen sie bei dem Landgericht zu Prenzlau erhoben. Zu dem deshalb angelegten Termin waren 30 Zeugen vorgeladen, unter ihnen auch der erwähnte Bürgermeister sowie der Antsrichter Linke. Legterer erschoß sich am Tage vor seiner Vorladung in seiner Wohnung. Die Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen. Eine Disziplinaruntersuchung ist nunmehr gegen den Bürgermeister als den Ankläger geführt.

Die „Empfehlung“ des Reichstages

Verantwortl.

Algemeines

Entwurf

konstitution

lautet Punkt 1

zu einer deut

Parteien der

verpflichtet hab

Was heißt

Antwort:

einer parlamen

gar nichts. E

(die Ausdrücke

bekanntlich glei

ein verantwortl

richtung des M

ein „Reichsmin

scheidung bei

und diese durch

noch niemand

die Redefreihei

soßen, kennzei

Frankreich das

nennt. Nema

niemand denkt

und so lange i

winterlich wi

Reichstag und

Staatshaushal

und wird aus

bewilligung ih

Da die V

finnigen“ nicht

beim Alten bl

eines „wahrech

Lebens nur den

sogenannten p

deuten. In e

Rede hat der her

das grad' her

einer Regierung

vertretung ist

Freunde Ziel

halbhundertjäh

daß noch kein

Bekanntmachung.

Die von der königlichen Regierung festgestellten Klassensteuern sollen der zum hiesigen Amtsbezirk gehörenden Gemeinden für das Rechnungsjahr 1884/85 liegen in den Tagen vom 31. März bis 5. April cr. in den Gemeinden Braubach, Sulz, Böhler und Hüllen bei den Herren Gemeindevorständen, in der Gemeinde Schalle auf dem hiesigen Verwaltungsbureau zur Einsicht offen. Reclamationen gegen die Veranlagung müssen binnen einer präcisionsfrist von zwei Monaten bei dem königlichen Landratsamte des Landkreises Bochum schriftlich angebracht werden.

Alle nach dem 5. Juni cr. eingelaufenen Reclamationen werden als verspätet eingereicht zurückgewiesen werden.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Reclamationenfrist nur zwei Monate dauert und daß dieselbe nicht vom Tage der Zustellung der Steuerzettel, sondern vom Tage nach Beendigung der Offenlage der Klassensteuerrollen, also 6. April d. J. beginnt.

Schalle, 13. März 1884.

Der Amtmann: Klose.

Bekanntmachung.

Der Militär-Anwärter Rudolf Jussel ist durch Verfügung königlichen Landratsamtes des Landkreises zu Bochum als Polizeidiener der Gemeinde Schalle provisorisch angestellt und heute als solcher vereidigt worden.

Schalle, den 12. März 1884.

Bekanntmachung.

Die Ersatz-Commission für die Musterung der Militärpflichtigen tritt in diesem Jahre an folgenden Tagen zusammen: am 3. April für das Amt Uedendorf, am 4. und 7. April für das Amt Schalle, am 8. und 9. April für die Stadt Gelsenkirchen, am 15. u. 16. April für das Amt Wanne u. Gelsenkirchen im Locale des Wirts Althoff.

Das Geschäft beginnt um 9 Uhr Vormittags.

Die Lösung findet am 6. Mai d. J. in Bochum im Locale des Wirts Heiner. Das m. Morgens 9 Uhr beginnend, statt.

Die zur Musterung verpflichteten Militärpflichtigen haben sich bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen in den bezeichneten Terminen pünktlich und rein gewaschen einzufinden.

Jede Störung der Ruhe und Ordnung des Musterungs-Geschäftes wird mit einer Geldstrafe bis zu 15 Mark oder mit verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet. Eine gleiche Haftstrafe trifft denjenigen Militärpflichtigen, welcher im Musterungstermine ohne Erlaubnis der Ersatz-Commission sich von dem angewiesenen Sammelplatze entfernt. Auch ist das Mitbringen von Stöcken in das Musterungsort nicht gestattet.

Die Militärpflichtigen der beiden älteren Jahrgänge haben ihre Lösungsscheine mitzubringen.

Diesem Militärpflichtigen, welche die Zurückstellung oder andere Begünstigungen rücksichtlich ihrer Militärverhältnisse beantragen wollen, haben sich behufs der Aufnahme einer vorläufigen Reclamation an den ihnen vorgelegten Herren Bürgermeister oder Amtmann zu wenden. Reclamationen, welche der Ersatz-Commission zur Prüfung und Begutachtung nicht vorgelegen haben, werden von der Ersatz-Commission in der Regel nicht in Erwägung gezogen, sondern zurückgewiesen, sofern die Veranlassung zur Reclamation nicht etwa nach dem beendigten Ersatz-Geschäft entstanden ist.

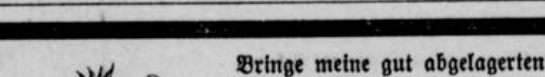
Die Reclamationen werden für jede Stadt bzw. jedes Amt besonders geprüft und begutachtet und zwar: aus dem Amte Uedendorf am 3. April, aus dem Amte Schalle am 7. April, aus der Stadt Gelsenkirchen am 9. April, aus dem Amte Wanne am 16. April. Die Personen, zu deren Gunsten reclamiert worden ist, müssen sich der Ersatz-Bebehörde in obigen Terminen persönlich vorstellen.

Die Lösung, welche nur unter der jüngsten Altersklasse, d. i. unter den im Jahre 1864 geborenen Militärpflichtigen, einschließlich der früher etwa Uebergangenen erfolgt, findet zu Bochum am 6. Mai d. J. statt. In diesem Lösungstermine ist das persönliche Erscheinen der Militärpflichtigen nicht erforderlich, vielmehr steht es denselben frei, einen anderen mit der Lösung zu beauftragen oder es geschehen zu lassen, daß von Eltern, Vormündern oder einem Mitgliede der Commission für sie gelöst wird.

Bochum, den 4. März 1884.

Preuss. Lotterie

1. Klasse 2. und 3. April. Loseile. 1/8 7 Mark, 1/16 3 1/2 Mark, 1/32 1 Mark 75 Pfg. versendet H. Goldberg, Lotterie-Comtoir Neue Friedrich-Strasse 71, Berlin.



Cigarren

Bringe meine gut abgelagerten sowie sämtliche Parfümerien, Mundwasser, Haarfärbemittel und die nur allein bekannten, echten Gebr. Gehrigs Jahrbuchblätter, ferner meine Auswahl fertiger Richten in empfehlende Erinnerung; auch werden Richten sowie andere

Haararbeiten

schnell und sauber angefertigt. — Die Ausübung der kleinen Chirurgie, Zahnziehen, Schröpfen, Blutegelsetzen u. wird von mir bestens besorgt.

Carl Dröge, Barbier und Friseur, Gelsenkirchen, Kreuzstraße 14.

Gelsenkirchen (Wichagen), 18.

Empfehle:

Arbeiter-Kleidung aus Oeynhauser oder so genanntes Bielefelder-Graubrot; echten Tokayer-Wein; Waschpulver, ganz neu, erspart Seife und Zeit; Colonialwaren zu herabgesetzten Preisen.

J. Pollerberg, Bochumerstr. 18, pers. Betriebsführer.

Stettiner

Kirchenbau-Lotterie

Ziehung 1. April 1884.

1. Gewinn 5000 Mk., 2. Gewinn 2100 Mk., 3. Gewinn 900 Mk., 4. Gewinn 630 Mk., 5. Gewinn 500 Mk., 6. Gewinn 270 Mk., 2530 Gewinne à 10 bis 150 Mk., 50,600 Mk. — 2536 Gewinne zusammen 60,000 Mk.

Los 1 Mk., 11 Stk. 10 Mk. zu haben bei:

Theodor Dahl, Gelsenkirchen an der kath. Kirche



SCHORNSTEINE

Neubau, Höherführung, Binden, Geraderichten, Ausfugen, Anbringen der Blitzeableiter während des Betriebes durch Steinapparate. Alleiniger Inh. d. D. R. P. 4624 u. 8299.

W. ECKARDT, Ingenieur, Dortmund.

Beste Copierinte

empfehlte billigst F. Biehn.

Die kleine Theaterpubl. in Director hatte mutige Kind war der Direc dem interessan leichtem, elegan die Folge davor später Deborah ersten male des Balletcorps

Bon dem kranken Vater wenigleich fle bringen mußte fleißig, und st qualmenden Morgenlichtes drang. Die zu bessern. Die nicht mehr zu Mädchens blei und aus ih von Hoffrungs Deborah mehr als ein unbedentl des